

## **Aktivierung für Dresden 2012**

### **Neues Deutschland Bewegungsmelder 5.10.2011**

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/208180.bewegungsmelder.html?sstr=dresden>

(nd/dpa). Zur Vorbereitung der Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden im Februar 2012 findet am Wochenende eine Aktivierungskonferenz in der sächsischen Landeshauptstadt statt (7./8. Oktober, Hörsaalzentrum der TU Dresden). Dort sollen Aktionen koordiniert, Streitpunkte diskutiert und Absprachen transparent gemacht werden. Mit Akteuren der Dresdner Zivilgesellschaft und bundesweiten Bündnispartnern wie dem Kulturbüro Sachsen, der Interventionistischen Linken, Kirchenvertretern, Gewerkschaften und Parteien wird die Konferenz am Freitag mit einer Diskussion unter dem Motto »Den Nazis gemeinsam entgegentreten« eröffnet. Am folgenden Tag werden Workshops zu Themen wie Bürgerrechten, Antirepressionsarbeit, rechtliche Hintergründe von Blockaden, aktiver Protest gegen Nazis und Umgang mit dem Gedenken in Dresden angeboten.

Auch der Jenaer Pfarrer Lothar König will im nächsten Februar wieder bei den Protesten dabei sein. König warf den Behörden am Dienstag vor, Demonstranten gegen die Neonazi-Aufmärsche vom Februar zu »diffamieren, isolieren und kriminalisieren«. »Sie wollen den Widerstand gegen Nazi-Protteste brechen«, hielt König den Ermittlern vor. Er war auf einer öffentlichen Fraktionssitzung der Linken im sächsischem Landtag zu Gast.

Polizisten aus Sachsen hatten am 10. August die Wohnung Königs durchsucht und einen Lautsprecherwagen, einen Computer und Schriftstücke beschlagnahmt. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat den Geistlichen auch wegen »aufwieglerischen Landfriedensbruchs« im Visier. König bestreitet, bei den Protesten am 19. Februar 2011 zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben. [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

## **Einsicht?**

### **Neues Deutschland 5.10.2011 Kommentar von Jörg Meyer**

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/208183.einsicht.html?sstr=dresden>

Die sächsische Staatsanwaltschaft ermittelt in Zusammenhang mit dem jährlichen Naziaufmarsch in Dresden unter anderem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Aus den Jahren 2010 und 2011 sind noch Verfahren anhängig, so auch gegen mehrere Landtagsfraktionsvorsitzende der Linkspartei. Sie sollen rädelführend Blockaden organisiert haben. Doch nun hat ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ergeben, dass diese Ermittlungen illegal waren und sind. Das neue sächsische Versammlungsgesetz, nach dem zunächst ermittelt wurde, hatte der Landesverfassungsgerichtshof rückwirkend zum Januar 2010 gekippt. Es ist damit nichtig. Und das Versammlungsgesetz auf Bundesebene darf nicht ersatzweise angewendet werden, weil es ein höheres Strafmaß vorsieht. Bürgerinnen und Bürger müssen jedoch wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie sich in eine potenziell strafbare Situation begeben. Hinterher zu sagen: Das wird jetzt doch teurer - das gilt nicht.

Was bedeutet das? Die Dresdner Staatsanwälte haben in den vielen Verfahren um den massenhaften Antinaziprotest erneut eine Schlappe kassiert - nach den Skandalen um die massenhaften Handydatenerfassungen oder die Razzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König vor einigen Wochen. Folgt man dem Gutachten, haben sie ermittelt, ohne eine gültige

Rechtsgrundlage dafür zu haben. Fazit: Die Verfahren gegen die mutmaßlichen Blockierer gehören eingestellt bzw. die Angeklagten freigesprochen. Das wäre das Ergebnis, würden die Dresdner Ermittler endlich den Weg der Einsicht beschreiten oder wenigstens teilweise auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit zurückkehren - ohne ständig Abzweige zu suchen. Wirklich zu erwarten ist das indes nicht, wenn man sich die teils abenteuerlichen Aktionen der letzten Monate ansieht.

## **Unerlaubte Ermittlung**

**Junge Welt 5.10.2011 Von Markus Bernhardt**

<http://www.jungewelt.de/2011/10-05/045.php>

*Gutachten stellt Verfahren gegen Nazigegner in Dresden in Frage. Medien und etablierte Politik zielen mit Hetzkampagne auf Antifaschisten*

Ein von Wolfgang Neskovic, dem Justitiar der Linksfraktion im Bundestag, in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluß, daß die Ermittlungen der Dresdner Polizei und Justiz gegen Demonstranten, die sich im Februar 2011 und 2010 an Antinaziprotesten in Dresden beteiligt hatten, rechtswidrig sind. Grundlage für die Ermittlungen war ein angeblicher »Verstoß gegen das sächsische Versammlungsgesetz«. Das war im April dieses Jahres vom sächsischen Landesverfassungsgerichtshof aufgrund formaler Fehler rückwirkend ab Januar 2010 kassiert worden. Gegen ein ungültiges Gesetz könne somit auch nicht verstoßen werden, so der Tenor des Gutachtens, über das die taz in ihrer Dienstausgabe berichtet hatte.

In Frage stehen somit auch die von der Dresdner Staatsanwaltschaft forcierten Strafverfahren gegen den sächsischen Linksfraktionschef André Hahn. Erst am vergangenen Donnerstag hatte die Mehrheit von CDU, FDP und NPD im Immunitätsausschuß des Sächsischen Landtags dem Antrag der Dresdner Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität Hahns wegen angeblicher »Rädelsführerschaft« bei der Blockade des Naziaufmarsches am 13. Februar 2010 zugestimmt.

Anträge auf Aufhebung der Immunität liegen zudem für die Vorsitzenden der hessischen Linksfraktion, Janine Wissler und Willi van Ooyen, sowie ihres Thüringer Amtskollegen Bodo Ramelow vor.

Es sei für sie »unfaßbar«, daß CDU und FPD zusammen mit Neonazis die Immunität Hahns aufgehoben haben, kritisierte Janine Wissler. Der »Versuch, berechtigtes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Naziaufmärsche zu bestrafen«, werde jedoch ins Leere laufen«, so die linke Politikerin weiter. Ihr Fraktionskollege Willi van Ooyen kündigte an, sich auch »zukünftig Nazis in den Weg stellen und Rassismus in all seinen Formen bekämpfen« zu wollen.

Im Vorfeld einer vom bundesweiten Bündnis »Nazifrei – Dresden stellt sich quer!« für den 7. und 8. Oktober angekündigten Konferenz mehrten sich gegen die Nazigegner gerichtete mediale Stimmungsmache und staatliche Repression.

So mußte ein Blockadetraining, welches ursprünglich im Rahmen der Konferenz in der Technischen Universität Dresden stattfinden sollte, kurzfristig von den Organisatoren abgesagt werden. Bild hatte in der letzten Woche eine massive öffentliche Kampagne unter anderem gegen einzelne Konferenzorganisatoren gestartet und diese als »linksradikale Gewalttäter« diffamiert.

Nicht nur die sächsische Landtagsfraktion der neofaschistischen NPD frohlockte ob der massiven anti-antifaschistischen Kampagne des Springerblattes.

»Es ist nicht hinnehmbar, wenn unter dem Deckmantel der Hochschulautonomie an der TU Dresden ein zweitägiges Vorbereitungslager für linke Marodeure und brutale Gewalttäter stattfindet«, hatte der innenpolitische Sprecher der neofaschistischen Partei, Andreas Storr, fabuliert. Er forderte die Dresdner Staatsanwaltschaft auf, neuerliche Ermittlungen nach Paragraph 129 (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«) gegen die Nazigegner zu prüfen.

Ins gleiche Horn stieß der sächsische FDP-Fraktionschef Holger Zastrow, der im Bündnis »Dresden Nazifrei« »Feinde der Demokratie, Gewalttäter und extremistische Kräfte« ausgemacht haben will.

Zugleich forderte Zastrow, der dem Rechtsaußenblatt Junge Freiheit in der Vergangenheit oftmals als Gesprächspartner zur Verfügung gestanden hat, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei auf, »ihr Verhältnis zum Rechtsstaat im allgemeinen und zu gewalttätigen Protesten und Übergriffen im besonderen« zu klären.

Bereits am Mittwoch war es indes in Stuttgart zu insgesamt vier Wohnungsdurchsuchungen bei Antifaschisten gekommen. Durchgeführt wurden sie von Vertretern des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, der Staatsanwaltschaft Dresden, der »Sonderkommission 19/2« und der »Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit« (BFE) aus Stuttgart. Dabei wurden die Wohnungen der Betroffenen von verummten Beamten mit gezogenen Waffen gestürmt und unter dem Vorwand eines »Verstoßes gegen das Vermummungsverbot« sowie einer angeblichen »Beihilfe zur versuchten gefährlichen Körperverletzung« nach Aufzeichnungen und Kleidungsstücken durchsucht. Die Nazigegner sollen sich bei den antifaschistischen Protesten im Februar dieses Jahres in Dresden beteiligt haben.

Gegenüber der Sprecherin für antifaschistische Politik der sächsischen Linksfraktion, Kerstin Köditz, verweigerte der Vertreter der Staatsregierung am Donnerstag im Innenausschuß jegliche Stellungnahme zur Razzia. Es handele sich um ein laufendes Verfahren, so die Begründung. Da das Informationsrecht der Abgeordneten mißachtet werde, kündigte sie gegenüber jW an, nunmehr mit kleinen Anfragen in dieser Angelegenheit tätig werden zu wollen.

## **Justizausschuss hebt Immunität Ramelows erneut auf**

Staatsanwaltschaft Dresden prüft weitere Schritte

**Freie Presse 5.10.2011 dapd**

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Justizausschuss-hebt-Immunitaet-Ramelows-erneut-auf-artikel7780022.php>

Erfurt (dapd-lsc). Der Justizausschuss des Landtags hat den Weg für eine Anklageerhebung gegen den Linken-Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow freigemacht. "Ich habe fassungslos zur Kenntnis genommen, dass meine Immunität aufgehoben wurde, sehe dem Strafverfahren aber gelassen entgegen", sagte Ramelow am Mittwoch in Erfurt. Dem Politiker wird vorgeworfen, bei einer Demonstration gegen Rechtsextreme in Dresden im Jahr 2010 durch eine Sitzblockade gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Neben Ramelow sind die Linken-Fraktionschefs aus Sachsen und Hessen Ziel der Ermittlungen.

Ramelow hatte am 13. Februar 2010 in Dresden an einer Demonstration gegen den Aufmarsch Rechtsextremer am 65. Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bombenangriffe teilgenommen. Während der Demonstration hätten die Fraktionsvorsitzenden der Linken zu einer Sitzung unter freiem Himmel aufgerufen, sagte Ramelow. Entgegen der Vorwürfe der Staatsanwaltschaft hätten er und seine Begleiter jedoch immer mit der Polizei kooperiert und seien sogar als Vermittler aufgetreten.

Anfang der Woche war ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages bekannt geworden, demzufolge weder das sächsische Versammlungsgesetz noch das Bundesversammlungsgesetz auf die Fälle der Fraktionsvorsitzenden angewendet werden kann. "Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht nachvollziehbar, dass der Ausschuss keinen Gesprächsbedarf gesehen hat und dem Antrag ohne weitere Rückfragen zugestimmt hat", sagte Ramelow.

In Thüringen muss für jede Etappe eines Gerichtsverfahrens erneut die Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines Abgeordneten beschlossen werden. Für die Aufnahme der Ermittlungen hatte der Justizausschuss bereits im Oktober Ramelows Immunität aufgehoben.

Die Staatsanwaltschaft Dresden will laut Aussage eines Sprechers in den kommenden Tagen prüfen, ob Anklage erhoben oder ein Strafbefehl erlassen wird.

## **Justizausschuss hebt Ramelows Immunität auf**

**Ostthüringer Zeitung 5.10.2011 Jens Voigt**

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Justizausschuss-hebt-Ramelows-Immunitaet-auf-636992331>

Der Justizausschuss des Thüringer Landtages hat die Immunität von Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow erneut aufgehoben. Damit kann nunmehr gegen ihn Anklage erhoben oder Strafbefehl erlassen werden im Zusammenhang mit seiner Rolle bei einer Anti-Nazi-Demonstration in Dresden im Februar 2010.

Erfurt. Ihm und Linksfraktionschefs aus Sachsen und Hessen wird "Rädelsführerschaft" bei Verstößen gegen das sächsische Versammlungs- und Polizeirecht vorgeworfen. Im Kern geht es dabei um eine gemeinsame Fraktionssitzung, zu der die Politiker aufgerufen hatten und die den NPD-Aufzug eingeschränkt haben soll.

Ramelow erklärte gestern, er sei "ziemlich fassungslos" vor allem über die Art, wie der Ausschuss gehandelt habe. Man habe nicht einmal Fragen zum Antrag der Staatsanwaltschaft gestellt. Das verwundere umso mehr, da Ramelow ihm gestern ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zugeleitet hatte, das aus seiner Sicht eine Verfolgung der angeblichen Gesetzesverstöße gar nicht zulässt, da das sächsische Versammlungsgesetz vom dortigen Verfassungsgericht für nichtig erklärt wurde.

Vor allem aber entstehe der Eindruck, dass die Dresdener Justiz Handlungen nicht der Privatperson, sondern des Fraktionsvorsitzenden verfolge. "An diesem Punkt wird der Vorgang ein politischer", so Ramelow, der deshalb auch nicht den Deal annahm, das Verfahren gegen Zahlung von 500 Euro einzustellen.

Das Verfahren gegen einen Fraktionschef sei ein Eingriff in die Rechte des Parlaments, unterstrich Ramelow. Umso beschämender sei es, wenn der Ausschuss darüber hinweggehe. Offenbar hätten selbst Abgeordnete von Parteien, die selbst zur Zivilcourage gegen Rechts aufriefen, für die Aufhebung der Immunität gestimmt.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft weise frappierende Ähnlichkeiten zu den Ermittlungen gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König auf. "Man versucht mit aller Macht, aus Ordnungswidrigkeiten von Demonstrationsteilnehmern möglichst schwere Straftaten zu konstruieren", urteilte Ramelow. Einem eventuellen Gerichtsprozess sehe er indes gelassen entgegen "Der nächste Protest gegen Nazis in Dresden wird schon vorbereitet, und wir lassen uns nicht davon abhalten, dabei zu sein", so Ramelow.

## **Jenaer Jugendpfarrer König kritisiert sächsische Ermittler**

**Thüringer Allgemeine Christian Wolf / 04.10.11 / dapd**

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Jenaer-Jugendpfarrer-Koenig-kritisiert-saechsische-Ermittler-5495680>

Zwei Monate nach den Durchsuchungen sächsischer Ermittler beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König greift dieser nun die Behörden im Freistaat an. Ziel der Ermittlungen sei es offensichtlich, den alljährlichen Protest gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden zu diskreditieren, sagte König am Dienstag bei einem Besuch bei der sächsischen Linksfraktion in Dresden.

Dresden. Für das kommende Jahr kündigte der Jugendpfarrer dennoch die erneute Teilnahme am Protest an. König selbst vermutet hinter den Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen ihn politische Motive. Dadurch, dass friedliche Demonstranten "diffamiert, isoliert und kriminalisiert" würden, solle die Protestbewegung gebrochen werden. Bei den bisherigen Teilnehmern der Proteste solle die Angst geschürt werden, ebenfalls ins Visier der Ermittler zu geraten. "Es ist beängstigend, was hier in Sachsen abgeht", sagte König.

### *Erinnerung an Stasi-Methoden*

Auch die Methoden der Ermittler kritisierte König scharf. Indem versucht werde, Teilnehmer von Sitzblockaden und Protesten kleinzukriegen, entstünden Erinnerungen an die Methoden der DDR-Staatssicherheit. "Ich habe ernsthaft nicht gedacht, so etwas noch einmal zu erleben", sagte der Pfarrer. Zudem habe sich der Eindruck verfestigt, dass Politik und Justiz in Sachsen entgegen der Gewaltenteilung ineinander übergingen.

König geriet wegen Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden ins Visier der sächsischen Ermittler. Bei der Demonstration soll König als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgefordert haben. Am 10. August durchsuchten sächsische Polizisten die Wohnung von ihm in Jena. Der Vorgang hatte zwischenzeitlich zu Irritationen zwischen Sachsen und Thüringen geführt.

Trotz des juristischen Verfahrens gegen ihn, will König auch bei einer möglichen Neuauflage des Anti-Nazi-Protestes im kommenden Jahr wieder nach Dresden kommen. "Ich kann ja gar nicht anders", sagte er. Während es insbesondere darum gehe, der vonseiten der Ermittlungsbehörden betriebenen Verunsicherung entgegenzutreten, wolle er sich dadurch auch für die große Solidarität bedanken, die ihm in den vergangenen Wochen entgegen gebracht worden sei. Ein Ersatz für den von der Polizei beschlagnahmten Kleintransporter gebe es bereits.